

2 Wirtschafts- und Sozialstruktur der Schweiz

Daniel Oesch, Universität Lausanne

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	61
2	Wirtschaftswachstum in die Breite	62
3	Starkes Bevölkerungswachstum	65
4	Die Zunahme der hochqualifizierten Einwanderung	65
5	Anhaltende Bildungsexpansion	69
6	Sektoraler Wandel auf dem Arbeitsmarkt	72
7	Aufwertung der Berufsstruktur	74
8	Mässige Lohnungleichheit, hohe Vermögens- ungleichheit	76
9	Schlussfolgerungen	79

1 Einleitung

Die Schweiz war in den letzten zwei Jahrzehnten vom Wachstum geprägt. Die Wirtschaft expandierte fast ohne Unterbruch, die Beschäftigung nahm in einem Ausmass zu, das als «Jobwunder» bezeichnete wurde (Siegenthaler 2017), das Bildungsniveau stieg und die Bevölkerung wuchs um über ein Fünftel.

Eine treibende Kraft hinter diesem Wachstum waren die Frauen. In den letzten 20 Jahren haben Frauen ihren Bildungsrückstand nicht nur wettgemacht, sondern die Männer überholt. 2020 verfügten wesentlich mehr junge Frauen als junge Männer über einen Hochschulabschluss in der Schweiz. Die Frauen münzten ihre höhere Ausbildung auch in eine höhere Erwerbstätigkeit um. Am Beschäftigungsboom der letzten zwei Jahrzehnte hatten Frauen einen grösseren Anteil als Männer. Aber die Gender-Revolution ist noch immer unvollendet (Esping-Andersen 2008), denn die Schweiz ist weiterhin eine Teilzeitökonomie, in der Männer mit Kindern Vollzeit und Frauen mit Kindern Teilzeit arbeiten.

Die zweite treibende Kraft hinter dem Wachstum der Schweiz war die Einwanderung. Im letzten Jahrzehnt erreichte die Migration ein Ausmass wie zuletzt während des Nachkriegsbooms Anfang der 1960er-Jahren. Zwischen 2010 und 2018 wanderten jährlich 180 000 Personen ein und 110 000 Personen aus. Die Besonderheit der jüngsten Einwanderungswelle ist jedoch nicht deren Ausmass, sondern deren Qualifikationsstruktur. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts zieht die Schweiz vor allem hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten an: Mehr als die

Hälfte der jährlich einwandernden Personen verfügen mittlerweile über einen Hochschulabschluss. Die Unterschichtung der schweizerischen Sozialstruktur durch Einwanderer gehört zunehmend der Vergangenheit an.

Das Wachstum der letzten zwei Jahrzehnten ging jedoch v. a. in die Breite. Die Wirtschaft wuchs dank eines starken Bevölkerungsanstiegs, der durch eine starke Einwanderung ermöglicht wurde, die ihrerseits eine Folge der starken Nachfrage der Schweizer Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften war. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg folglich nur mässig, und noch schwächer war die Entwicklung der Löhne – trotz steigender Beschäftigung und tiefer Arbeitslosigkeit. Weil zugleich die Kosten für Krankenkasse und Wohnen zunahmen, ist es unklar, ob ein Grossteil der Bevölkerung die letzten zwei Jahrzehnte als Boom-Periode erlebt hat. Dies gilt insbesondere für die Verlierer des berufsstrukturellen Wandels, nämlich die traditionelle Arbeiterklasse einerseits und die untere Mittelklasse der Bürohilfskräfte andererseits. Während sich deren Beschäftigungsaussichten verschlechtert haben, profitierte die obere Mittelklasse vom starken Stellenwachstum im Gesundheits- und Bildungswesen sowie den unternehmensbezogenen Dienstleistungen wie der Beratung und Informatik.

Im Folgenden werden diese Facetten des Wandels in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Schweiz beleuchtet. Die Veränderungen werden mit Datenreihen dokumentiert, die von den frei zugänglichen Internet-Datenbanken des Bundesamts für Statistik (BFS, 2020) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD, 2020) stammen. Der Einfachheit halber werden diese Quellen mit BFS und OECD zitiert. Alle Datensätze sind vom Autor erhältlich.

2 Wirtschaftswachstum in die Breite

Anders als in den meisten europäischen Ländern endete die Hochkonjunktur der Nachkriegsjahrzehnte in der Schweiz erst Anfang der 1990er-Jahre. Zwar hatten die beiden Ölpreiskrisen 1973/74 und 1979/80 auch in der Schweiz zu kurzen und tiefen Rezessionen geführt. In den 1980er-Jahren herrschte jedoch wieder Vollbeschäftigung und am Ende des Jahrzehnts boomte die Wirtschaft mit Wachstumsraten von 3 bis 4 Prozent und einer Arbeitslosenquote von unter 0,5 Prozent. Umso einschneidender war die lange Rezession der 1990er-Jahre. Zwischen 1991 und 1996 stagnierte die Wirtschaft während sechs Jahren in Folge. Dies führte zu einer Arbeitslosenquote von über 5 Prozent in 1997 – dem höchsten Niveau seit den 1930er-Jahren –, zu steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe und der Invalidenversicherung, zu defizitären öffentlichen Finanzen und einer jahrelangen Diskussion zur «Wachstumsschwäche» der Schweiz (Lampart 2006).

Unbemerkt von dieser Diskussion begann in der Schweiz am Ende der 1990er-Jahre eine Periode stetigen Wirtschaftswachstums, die nur vom Platzen der IT-

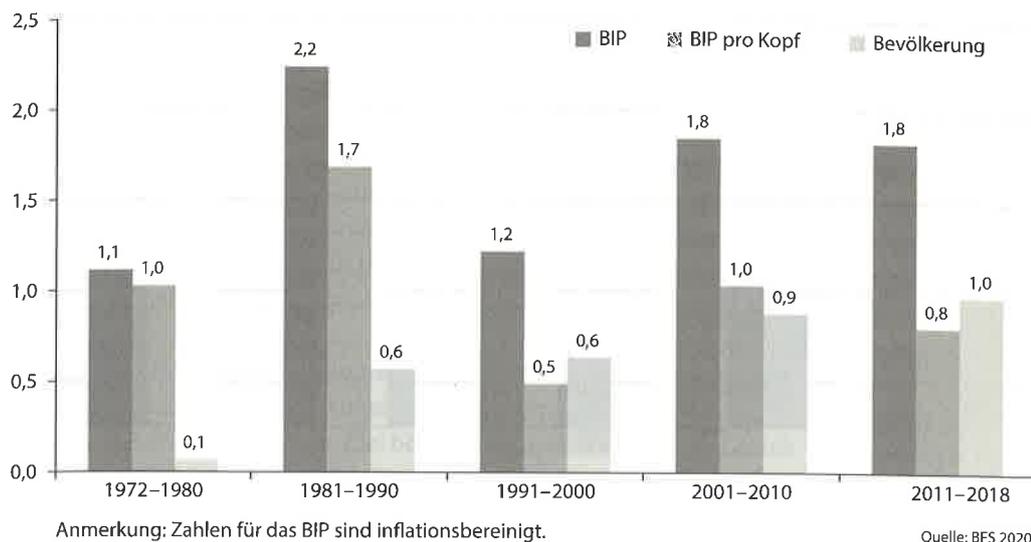
mittlerweile über einen
erischen Sozialstruktur
an.
edoch v.a. in die Breite.
anstiegs, der durch eine
Folge der starken Nach-
tskräften war. Das Pro-
vächer war die Entwick-
er Arbeitslosigkeit. Weil
nen, ist es unklar, ob ein
oom-Periode erlebt hat.
ellen Wandels, nämlich
Mittelklasse der Büro-
saussichten verschlech-
en Stellenwachstum im
isbezogenen Dienstleis-

n der Wirtschafts- und
n werden mit Datenrei-
Datenbanken des Bun-
wirtschaftliche Zusam-
Der Einfachheit halber
ensätze sind vom Autor

ie Hochkonjunktur der
r-Jahre. Zwar hatten die
weiz zu kurzen und tie-
jedoch wieder Vollbe-
haft mit Wachstumsra-
nter 0,5 Prozent. Umso
e. Zwischen 1991 und
ge. Dies führte zu einer
hsten Niveau seit den
und der Invalidenversi-
elangen Diskussion zur

iz am Ende der 1990er-
r vom Platzen der IT-

Abbildung 2.1: Jährliche Veränderung des BIP und der Bevölkerung in der Schweiz (in %)

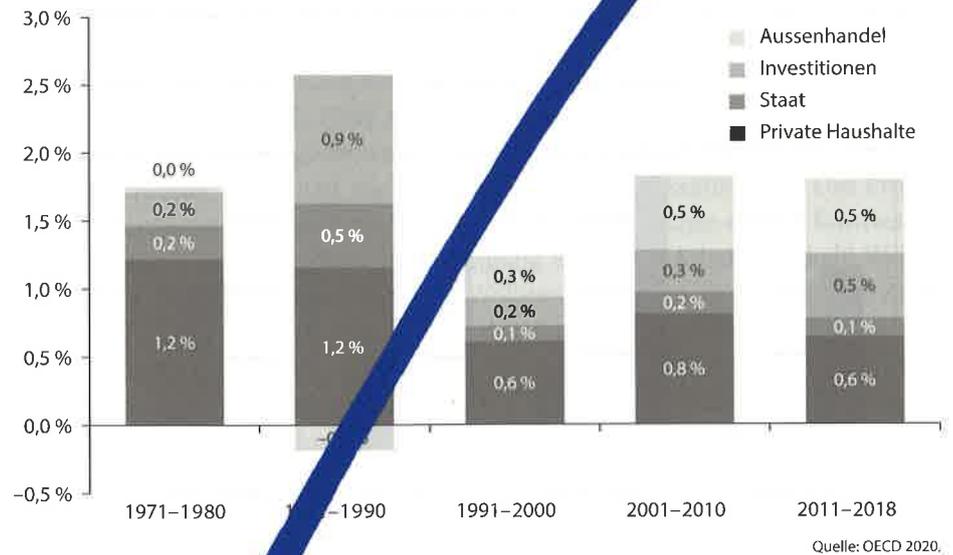


Blase 2002/03 und der Finanzkrise 2008/09 kurz unterbrochen wurde. Abbildung 2.1 zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz zwischen 2000 und 2018 im Schnitt jährlich um 1,8 Prozent gewachsen ist. Dies bedeutet, dass das BIP der Schweiz 2018 preisbereinigt 50 Prozent höher war als 2000. Die Wachstumsrate von 1,8 Prozent war nicht nur höher als im Schnitt der 1970er- und 1990er-Jahre, sondern übertrifft auch das jährliche Wachstum, das zwischen 2000 und 2018 in Österreich (1,6%), Deutschland (1,4%), Frankreich (1,4%) oder Italien (0,4%) erzielt wurde.

Das schweizerische Wachstum wurde zu einem guten Teil vom Ausland ermöglicht – von zusätzlichen ausländischen Arbeitskräften für die Produktion und zusätzlichen ausländischen Käufern für die Nachfrage. Eine Zerlegung des BIP-Wachstums in die einzelnen Nachfragekomponenten von Privatkonsum, Investitionen, Staatsausgaben und Aussenhandel zeigt denn auch die zunehmende Bedeutung von Exportüberschüssen (siehe Abbildung 2.2). Exportüberschüsse leisteten in den 1970er- und 1980er-Jahren keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in der Schweiz – es wurden ebenso viele Waren und Dienstleistungen importiert wie exportiert. Seither wurden Exportüberschüsse in jedem Jahrzehnt wichtiger und der Aussenhandel trug zwischen 2001 und 2018 im Schnitt jährlich 0,5 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Dies war möglich, weil die Schweiz in derselben Zeitspanne enorme Überschüsse in der Leistungsbilanz von jährlich 10 Prozent erzielte.¹

Der Aussenhandel hatte damit fast die gleiche Bedeutung für das BIP-Wachstum wie der Privatkonsum. Die Nachfrage der privaten Haushalte steuerte zwischen 2001 und 2018 jährlich 0,6 bis 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum bei – und damit nur halb so viel wie in den 1970er- und 1980er-Jahren. Eine untergeordnete Rolle

Abbildung 2.2: Beitrag der Nachfragekomponenten zum realen BIP-Wachstum in der Schweiz (in %)

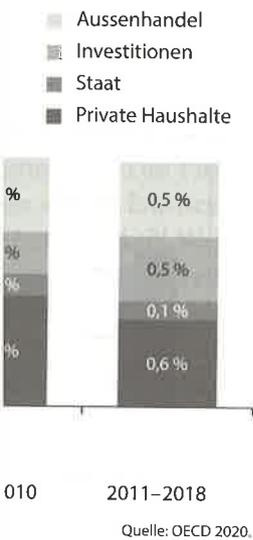


spielten die Staatsausgaben. Ähnlich wie in Deutschland hat sich auch in der Schweiz ein neomerkantiles Wachstumsmodell durchgesetzt, das auf Lohnzurückhaltung, Konsummässigung und hohe Exportüberschüsse setzt. Anders als die konsumgestützten Wachstumsmodelle in Grossbritannien, Schweden oder der USA erhoffte sich die schweizerische Wirtschaftspolitik in den letzten zwei Jahrzehnten Wachstumspulse vornehmlich aus dem Ausland (Baccaro und Pontusson 2016).

Die schweizerische Wirtschaft hatte in den letzten zwei Jahrzehnten kein Wachstumsproblem. Das Bruttoinlandsprodukt ist jedoch v. a. dank einer starken Ausweitung des Arbeitsvolumens gewachsen. Wie in Deutschland, Frankreich oder Österreich ist in der Schweiz das BIP pro Einwohner seit 2000 jährlich um rund 1 Prozent gewachsen (OECD).

Bei konstanter Arbeitszeit pro Kopf entspricht das BIP pro Kopf der Arbeitsproduktivität.² Mit einem jährlichen Anstieg von 1 Prozent waren diese Produktivitätsfortschritte zwischen 2000 und 2018 langsamer, als es Medienberichte über die «rasante Digitalisierung» erwarten liessen. Eine jährliche Erhöhung des BIP pro Kopf und der Arbeitsproduktivität um 1 Prozent erscheint auf den ersten Blick bescheiden. Dabei ist jedoch der Vergleich mit dem spektakulären Aufholwachstum von Wirtschaftswunderjahren zwischen 1948 und 1973 irreführend. Produktivitätsfortschritte von jährlich 3 bis 4 Prozent wurden in Westeuropa weder vorher noch nachher über längere Zeit erreicht (Inklaar et al. 2018). Zudem bedeutet auch ein Prozent-Wachstum von jährlich 1 Prozent, dass sich im Lauf von 30 Jahren die verfügbare Wirtschaftsleistung pro Einwohner um ein Drittel erhöht. Einer nachrückenden Generation stehen damit über ein Drittel mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung als der vorherigen Generation.

Wachstum in der Schweiz (in %)



Wachstum auch in der Schweiz das auf Lohnzurück-
 zt. Anders als die kon-
 weden oder der USA
 zten zwei Jahrzehnten
 und Pontusson 2016).
 zwei Jahrzehnten kein
 a. dank einer starken
 land, Frankreich oder
 2000 jährlich um rund

pro Kopf der Arbeits-
 waren diese Produktivi-
 dienberichte über die
 rhöhung des BIP pro
 auf den ersten Blick
 ulären Aufholwachs-
 eführend. Produktivi-
 europa weder vorher
 Zudem bedeutet auch
 auf von 30 Jahren die
 erhöht. Einer nachrü-
 er und Dienstleistun-

3 Starkes Bevölkerungswachstum

Das robuste Wirtschaftswachstum seit der Jahrtausendwende hängt eng mit dem starken Bevölkerungsanstieg zusammen. Zwischen 2000 und 2019 ist die Wohnbevölkerung in der Schweiz um 20 Prozent auf 8,57 Millionen gestiegen. Insbesondere zwei geografische Pole waren für dieses Wachstum verantwortlich: die Agglomeration Zürich (mit den Kantonen Zürich, Aargau, Zug und Schwyz) und die Genferseeregion (mit den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg und Wallis). Unter dem Durchschnitt war die Bevölkerungszunahme im Jurabogen (Jura, Neuenburg), den meisten Bergkantonen (Graubünden, Uri, Appenzell, Glarus) und im Kanton Bern.

Die uneinheitliche demografische Entwicklung widerspiegelt die geografischen Unterschiede in der wirtschaftlichen Dynamik. In den letzten zwei Jahrzehnten haben insbesondere die beiden Wachstumspole um Zürich und Genf-Lausanne viele in- und ausländische Arbeitskräfte angezogen. Der Motor des Bevölkerungswachstums war folglich die starke Arbeitsnachfrage der Unternehmen, die angesichts des ausgetrockneten Schweizer Arbeitsmarkts zunehmend im Ausland rekrutierten.

Das starke Bevölkerungswachstum der Schweiz sticht auch im europäischen Vergleich heraus. Österreich beispielsweise zählte 1980 noch 20 Prozent mehr Einwohnerinnen und Einwohner als die Schweiz (und 1950 gar 50 % mehr). Heute haben jedoch die beiden Länder ähnliche Einwohnerzahlen. Der Unterschied hat sich auch gegenüber Ländern wie Portugal, Schweden oder Ungarn stark verringert.

Während das Bevölkerungswachstum in der Schweiz bis Ende der 1970er-Jahre stärker vom Geburtenüberschuss (Geburten minus Todesfälle) als dem Migrationssaldo (Einwanderung minus Auswanderung) beeinflusst wurde, übersteigt der Migrationssaldo seit 2000 den Geburtenüberschuss deutlich (Fux 2007; BFS 2019). Dabei hat sich die Geburtenziffer in der Schweiz in den letzten vier Jahrzehnten fast nicht verändert. Seit dem abrupten Rückgang Mitte der 1970er-Jahre liegt die Anzahl Kinder pro Frau stabil bei 1,5. Einzig das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt von Kindern ist angestiegen: von 28 Jahren in 1980 auf 32 Jahre in 2018 (BFS 2018). Der hauptsächliche Treiber des Bevölkerungswachstums war folglich die starke Einwanderung.

4 Die Zunahme der hochqualifizierten Einwanderung

Die Schweiz ist seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Einwanderungsland. Seit 1890 war der Wanderungssaldo mit Ausnahme der Kriegsjahrzehnte 1914–1945 sowie der ersten Ölpreiskrise 1974–1978 fast durchwegs positiv. Abbildung 2.3 zeigt für die Zeit ab 1945, dass die Zahl der Einwanderungen jene der Auswanderungen teils

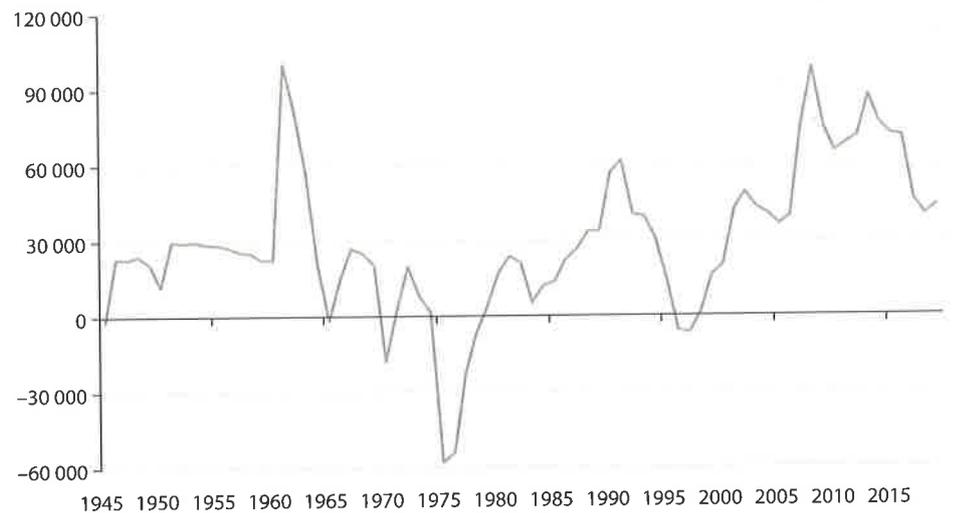
deutlich überstieg. Dies war insbesondere der Fall während des Nachkriegsbooms in den 1960er-Jahren mit einem positiven Wanderungssaldo von 100 000 und 80 000 Personen in den Jahren 1961 und 1962.

Nach den Einbrüchen in den Krisenjahrzehnten der 1970er- und 1990er-Jahre ist die Einwanderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder stark angewachsen. Sie erreichte in den Spitzenjahren von 2007 bis 2009 sowie 2012 bis 2016 ähnlich hohe Wanderungssaldi wie in den 1960er-Jahren mit jährlich 70 000 bis 80 000 Personen. Hinter diesen Saldi verbergen sich grosse Wanderungsbewegungen: Im Schnitt wanderten zwischen 2010 und 2018 jährlich 180 000 Personen ein und 110 000 Personen aus.

Diese starke Einwanderung erklärt sich v. a. mit der guten Konjunktur auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt seit 2000. Zudem hängt sie wohl auch mit dem 2002 in Kraft getretenen Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU zusammen, das EU-Bürgerinnen und Bürgern den diskriminierungsfreien Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt ermöglicht. Der Grossteil der Zuwanderung geht denn auch auf das Konto von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die zwischen 2012 und 2016 für drei Viertel des Wanderungssaldos verantwortlich waren (Babel 2019: 20).

In der Folge der verschiedenen Einwanderungswellen ist der Ausländeranteil in der Schweiz stetig gestiegen. Der Ausländeranteil übertraf 1994 erstmals 20 Prozent und lag im Jahr 2018 bei 25 Prozent. Auch in absoluten Zahlen hat sich die ausländische Wohnbevölkerung vergrössert, von 1,4 Millionen im Jahr 2000 auf 2,1 Millionen im Jahr 2018. Ein wachsender Ausländeranteil lässt sich nicht nur in

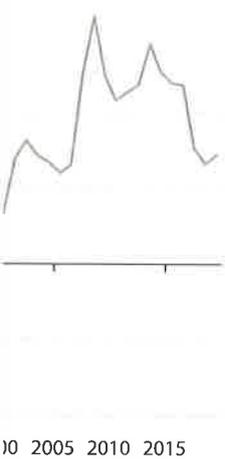
Abbildung 2.3: Wanderungssaldo (Einwanderung minus Auswanderung) der Schweiz, 1945–2018 (in Anzahl Personen)



Quelle: BFS 2020.

es Nachkriegsbooms
o von 100 000 und
er- und 1990er-Jahre
stark angewachsen.
12 bis 2016 ähnlich
0 000 bis 80 000 Per-
ngsbewegungen: Im
) Personen ein und
ten Konjunktur auf
wohl auch mit dem
vischen der Schweiz
n diskriminierungs-
t. Der Grossteil der
nnen und -Bürgern,
ldos verantwortlich
der Ausländeranteil
94 erstmals 20 Pro-
Zahlen hat sich die
n im Jahr 2000 auf
sst sich nicht nur in

chweiz, 1945–2018



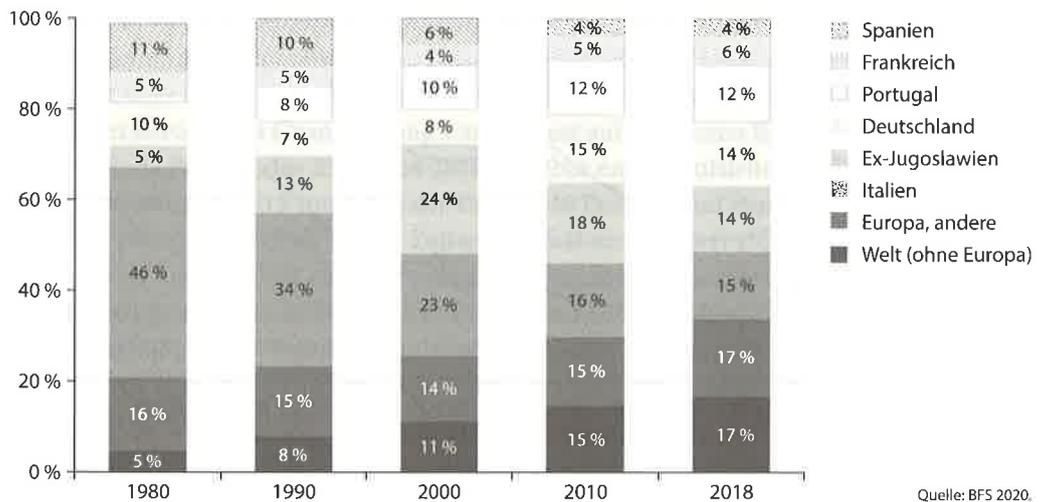
Quelle: BFS 2020.

der Schweiz, sondern auch in den meisten anderen westeuropäischen Ländern beobachten. 2019 lag der Ausländeranteil in Österreich (16%) und Deutschland (12%) bei über 10 Prozent, bei 9 Prozent in Italien und 7 Prozent in Frankreich (Eurostat).

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Einwanderung in die Schweiz stark diversifiziert. 1980 stammten fast die Hälfte aller in der Schweiz lebenden Ausländer aus Italien und mit 11 Prozent waren die Spanier die zweitgrösste Ausländergruppe (siehe Abbildung 2.4). Vier Jahrzehnte später waren Italiener zwar immer noch die grösste Einwanderergruppe, aber mit 15 Prozent aller Ausländer ist ihr Anteil wesentlich kleiner und hebt sich kaum ab von den fast ebenso zahlreichen Staatsangehörigen aus Deutschland (14%) und Portugal (12%). Letztere zwei Gruppen sind ebenso wie französische Staatsangehörige seit Beginn des freien Personenverkehrs 2002 vermehrt eingewandert. Europäische Bürger stellen zwar weiterhin die Grossmehrheit aller Ausländer in der Schweiz, das Gewicht der ausser-europäischen Einwanderung hat jedoch seit 1980 zugenommen – in relativen und absoluten Zahlen. Die Schweiz hat sich somit nicht nur in ihren Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch in der Herkunft ihrer Bevölkerung globalisiert.

Die Einwanderung in die Schweiz wird stark von den Bedürfnissen der Wirtschaft gesteuert. So kommt die grosse Mehrheit der Einwanderer aus beruflichen Gründen in die Schweiz. Bei Personen mit einer Hochschulausbildung, die in den letzten Jahren eingewandert sind, besaßen mehr als die Hälfte bereits vor der Einreise einen Arbeitsvertrag oder ein Arbeitsangebot aus der Schweiz (Wanner und Steiner 2018: 9). Der zweitwichtigste Grund ist der Familiennachzug. Weitere Gründe wie Ausbildung oder Asylbeantragung spielen quantitativ eine untergeordnete Rolle (BFS 2017).

Abbildung 2.4: Ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz nach Nationalität (in %)

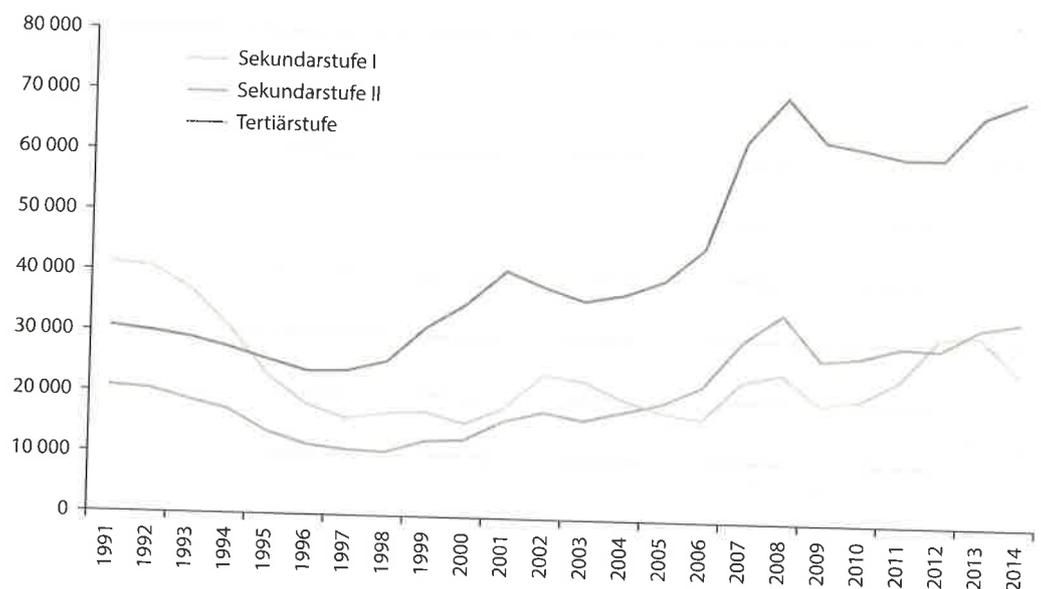


Quelle: BFS 2020.

In der Hochkonjunktur der Nachkriegsjahrzehnte rekrutierten die Schweizer Arbeitgeber im Ausland v. a. geringqualifizierte Arbeitskräfte für die Industrie und den Bau, das Gastgewerbe und die Landwirtschaft. Die Folge war eine «Unterschichtung» (Hoffmann-Nowotny 1973) der schweizerischen Sozialstruktur mit ausländischen Erwerbspersonen, denen die Arbeitsplätze am unteren Ende der Berufsstruktur zugewiesen wurden (Flückiger 1998; Wanner und Steiner 2018). Dieses Modell war umso effektiver, als dass die Aufenthaltsbewilligung vieler ausländischer Arbeitskräfte – der Jahresaufenthalter und Saisonarbeiter – an eine Stelle gebunden war. Nur Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) konnten frei ihre Stelle wechseln. Waren ausländische Personen mit einer Niederlassungsbewilligung bis zur Ölpreiskrise eine kleine Minderheit (22 % im Jahr 1970), liegt ihr Anteil seit Mitte der 1990er-Jahre bei etwa zwei Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung (BFS).

Seit der Jahrtausendwende dominiert in der Schweiz die hochqualifizierte Zuwanderung. Abbildung 2.5 zeigt, dass Personen mit Tertiärausbildung – in der Regel einem Hochschulabschluss – bei den jährlich neu einwandernden Personen seit Ende der 1990er-Jahre die Mehrheit stellen (sie wandern aber auch häufiger wieder aus als weniger qualifizierte Einwanderer). Die Anzahl von Einwanderern mit geringer und mittlerer Qualifikation hat sich in den letzten 25 Jahren wenig verändert. Daher ist die starke Zunahme der Einwanderung fast ausschliesslich auf die Gruppe der Hochqualifizierten zurückzuführen. In den 2010er-Jahren bestand

Abbildung 2.5: Entwicklung der jährlich einwandernden Bevölkerung (im Alter von 20–64) in der Schweiz, nach Bildungsniveau



Quelle: Grafik übernommen von Wanner und Steiner (2018: 6), basierend auf Strukturerhebung und Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP).

...rten die Schweizer
...die Industrie und
...war eine «Unter-
...Sozialstruktur mit
...unteren Ende der
...und Steiner 2018).
...illigung vieler aus-
...iter – an eine Stelle
...ssungsbewilligung
...sche Personen mit
...: Minderheit (22 %
...va zwei Drittel der

...hochqualifizierte
...sbildung – in der
...dernden Personen
...über auch häufiger
...von Einwanderern
...n 25 Jahren wenig
...ausschliesslich auf
...er-Jahren bestand



Steiner (2018: 6), basierend auf
...und der Haushalte (STATPOP).

der Wanderungssaldo für die 25- bis 64-Jährigen rund zur Hälfte aus Personen mit Tertiärabschluss (Babel 2019: 22).

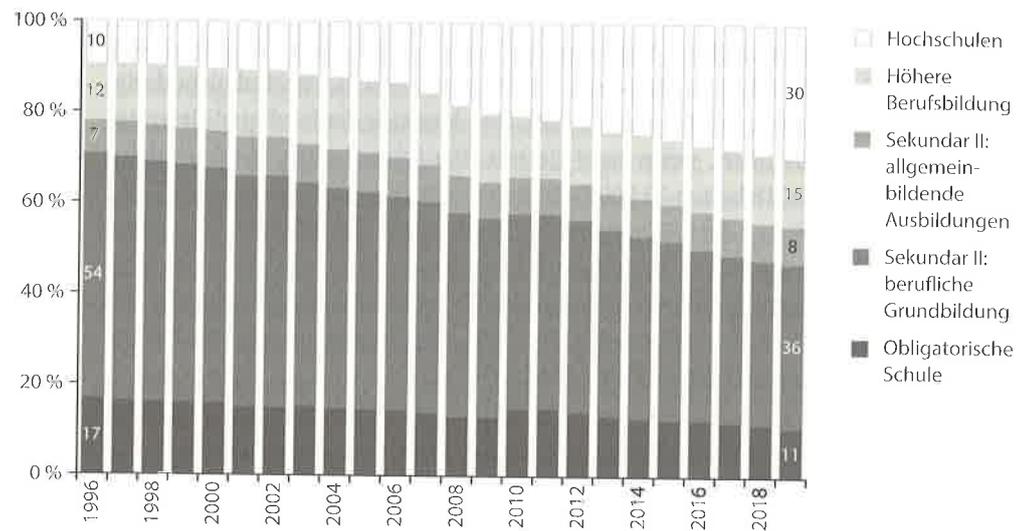
Für die Periode zwischen 2012 und 2015 mit sehr hoher Einwanderung bedeutet dies, dass die Schweiz jährlich 32 500 Personen mit Hochschulbildung aus dem Ausland importierte (Babel 2019: 22). Das Ausmass der hochqualifizierten Zuwanderung wird deutlich, wenn man sie mit den inländischen Hochschulabschlüssen vergleicht: 2018 hatten 32 800 Personen einen Erstabschluss an einer Universität, Fachhochschule oder pädagogischen Hochschule der Schweiz (Bachelor, Lizentiat, PH-Diplom) erreicht. In einigen Bildungsbereichen wandern jedes Jahr sogar mehr Personen mit Tertiärabschlüssen ein, als im Inland jährlich ausgebildet werden, insbesondere in der Informatik, Medizin, den Ingenieurwissenschaften und einigen Naturwissenschaften (Babel 2019: 23–4).

5 Anhaltende Bildungsexpansion

Das Bildungsniveau hat sich nicht nur in den jüngsten Einwanderungswellen erhöht. Auch die inländische Bevölkerung profitierte in den letzten Jahrzehnten weiter von der Bildungsexpansion. Abbildung 2.6 zeigt, dass sich zwischen 1996 und 2019 der Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit einem Hochschulabschluss in der Schweiz verdreifacht hat und von 10 auf 30 Prozent angewachsen ist. Zählt man zusätzlich die höhere Berufsbildung dazu (wie es in der Schweiz, aber nicht in Deutschland üblich ist), verfügten 2019 45 Prozent über einen Tertiärabschluss. Und die Bildungsexpansion ist noch immer in vollem Gang: Ende der 2020er-Jahre werden voraussichtlich mehr als die Hälfte der Erwachsenen in der Schweiz über einen Abschluss einer universitären Hochschule, Fachhochschule oder höheren Berufsbildung verfügen (Babel 2019: 43).

Erstaunlicherweise hat der wachsende Anteil der Personen mit Tertiärausbildung nur zu einer schwachen Abnahme des Anteils der Personen ohne überobligatorische Schulbildung geführt. Trotz Anstrengungen der Kantone stagniert dieser Anteil bei über 10 Prozent. Das Wachstum der Tertiärabschlüsse geht vielmehr auf Kosten der beruflichen Grundbildung – zumindest auf den ersten Blick. Verfügt 1996 noch 54 Prozent der 25- bis 64-Jährigen über eine Berufslehre als höchsten Abschluss, war dies 2019 nur noch der Fall für 36 Prozent. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass in derselben Zeitspanne fast unverändert zwei Drittel jeder Kohorte von Jugendlichen nach der obligatorischen Schule eine berufliche Grundbildung wählten (Babel 2019: 13). Die Berufslehre hat folglich als Erstausbildung nur geringfügig an Bedeutung eingebüsst. Verändert hat sich, dass sie für einen wachsenden Teil der Jugendlichen bloss einen ersten Zwischenschritt hin zu einer tertiären Ausbildung darstellt – u. a. dank des starken Ausbaus von Berufsmaturität und Fachhochschulen.

Abbildung 2.6: Höchste abgeschlossene Bildung der Bevölkerung im Alter von 25–64 Jahren, 1996–2019 (in %)



Quelle: BFS 2020 (Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE).

Die Schweiz bleibt daher ein Vorzeigebispiel für ein kollektives Berufsbildungssystem (Busemeyer und Trampusch 2012). In keinem anderen Land der OECD absolviert ein so hoher Anteil der Jugendlichen eine berufliche Grundbildung. Dabei findet die Berufsausbildung stärker noch als in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden oder Österreich dual (d.h. in Betrieb und Schule) statt, wird weiterhin unter engem Einbezug der Arbeitgeberverbände entwickelt und führt zu national anerkannten Diplomen.

Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte wurde v. a. von den Frauen vorangetrieben. Dies zeigt der Vergleich zweier junger Kohorten (25–34 Jahre) zwischen 1999 und 2019 (siehe Abbildung 2.7). 1999 verfügten junge Frauen häufiger als junge Männer nur über die obligatorische Schulbildung oder eine Berufslehre, während junge Männer häufiger eine Hochschule absolviert hatten. 20 Jahre später haben junge Frauen den Bildungsrückstand nicht nur wettgemacht, sondern die Männer überholt. 2019 verfügten 43 Prozent der jungen Frauen, aber nur 36 Prozent der jungen Männer über einen Hochschulabschluss. Folglich ging auch der Anstieg in der gymnasialen Maturitätsquote fast ausschliesslich auf das Konto der Frauen. Zwischen 1995 und 2017 stieg sie bei den weiblichen Kohorten von 17 auf 25 Prozent, während sie bei den männlichen Kohorten bei 17 Prozent verharrte.

Trotz der starken Bildungsexpansion hat sich in der Schweiz eine Tertiärisierungslücke geöffnet (Meyer 2018; Kriesi und Leemann 2020). Die Qualifikationsstruktur der jüngsten Einwanderungswelle deutet darauf hin, dass Schweizer Unternehmen wesentlich mehr Arbeitskräfte mit Tertiärabschluss nachfragen, als im Inland ausgebildet werden. So herrscht in den meisten Berufen, die eine Tertiärausbildung erfordern, ein Fachkräftemangel. Zugleich stagniert die Arbeitsnachfrage in

25-64 Jahren, 1996-2019 (in %)



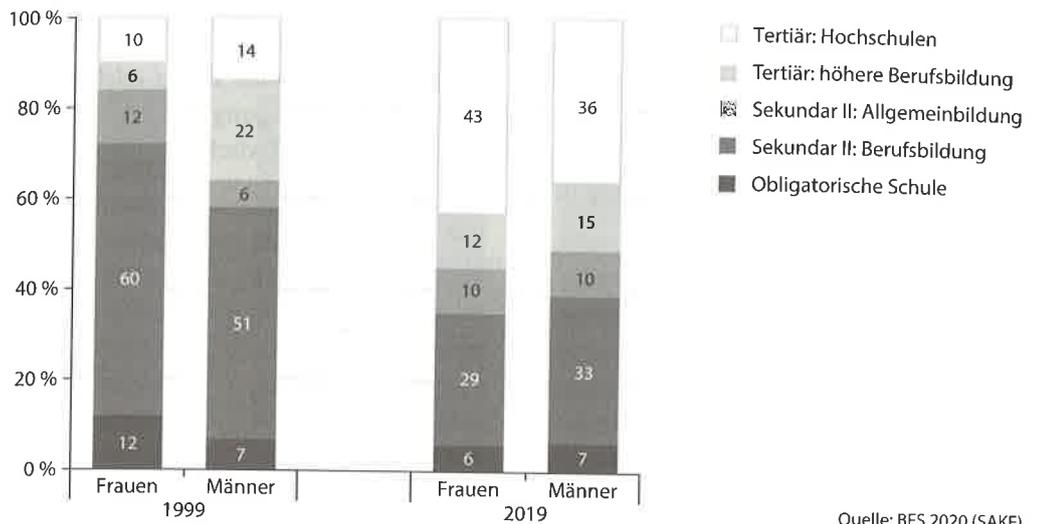
weizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE).

n kollektives Berufsbil-
tem anderen Land der
ie berufliche Grundbil-
n Dänemark, Deutsch-
rieb und Schule) statt,
bände entwickelt und

a. von den Frauen vor-
en (25-34 Jahre) zwi-
junge Frauen häufiger
oder eine Berufslehre,
natten. 20 Jahre später
gemacht, sondern die
en, aber nur 36 Pro-
glgich ging auch der
ch auf das Konto der
Kohorten von 17 auf
Prozent verharnte.

weiz eine Tertiärisie-
Die Qualifikations-
dass Schweizer Un-
nachfragen, als im
die eine Tertiäraus-
Arbeitsnachfrage in

Abbildung 2.7: Höchste abgeschlossene Ausbildung der Wohnbevölkerung im Alter von 25-34 (in %)



Quelle: BFS 2020 (SAKE).

vielen Berufsfeldern, die eine Lehre verlangen: Beispielhaft dafür stehen die zwei am meisten gewählten Berufslehren in der Schweiz, jene für kaufmännische Angestellte und jene für Detailhandelsangestellte (SECO 2016; SBFJ 2017; Babel 2019).

Mit einer Matura im Allgemeinen und einem Hochschuldiplom im Besonderen eröffneten sich in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten glänzende Lohn- und Beschäftigungsaussichten (Korber und Oesch 2019). Jugendliche und ihre Familien nehmen diese Arbeitsmarktsignale wahr. Folglich wird die Schule zu einer neuen Front im Verteilungskampf, der sich insbesondere im Zugang zu den Gymnasien abspielt. Mit gymnasialen Maturitätsquoten von 15 bis 20 Prozent setzen die Deutschschweizer Kantone (mit Ausnahme Basel-Stadt und Basel-Landschaft) einen engen Numerus clausus für den direkten Weg an die Universitäten. Eine erste Folge davon ist, dass viele Jugendliche erfolglos versuchen, eine Hochschulbildung zu erlangen, während viele Arbeitgeber erfolglos versuchen, inländisches Personal mit Hochschulbildung zu finden.

Eine zweite Folge ist, dass die soziale Herkunft entscheidend beeinflusst, wer in der Schweiz einen Universitätsabschluss erlangt (Becker und Schoch 2018). Jugendliche, die mit 16 Jahren dieselben Schulnoten und PISA-Testwerte erzielen, verfügen im Alter von 30 Jahren zweimal häufiger über einen Uniabschluss, wenn ihre Eltern der oberen Mittelklasse statt der Arbeiterklasse angehören (Combet und Oesch 2020). Die Schweiz gehört folglich zu den europäischen Ländern, in denen der Einfluss der elterlichen Ressourcen auf Bildungswege und -abschlüsse besonders stark ist (Pfeffer 2008). Der schwierige Zugang zu den Schweizer Hochschulen ist sozial und wirtschaftlich suboptimal: Er hält viele Kinder aus einfachen Verhältnissen von einem Studium ab und zwingt zugleich viele Unternehmen, tertiärgebildete Arbeitskräfte im Ausland zu rekrutieren (Kriesi und Leemann 2020).

6 Sektoraler Wandel auf dem Arbeitsmarkt

In den letzten 20 Jahren sind in der Schweiz nicht nur Wirtschaft, Bevölkerung und Bildungsniveau gewachsen, auch der Arbeitsmarkt hat einen Boom erlebt. Nach dem Krisenjahrzehnt der 1990er-Jahre, in dem die Beschäftigung stagnierte, begann mit der Jahrtausendwende ein massives Stellenwachstum. Zwischen 2000 und 2019 erhöhte sich die Beschäftigung in der Schweiz um ein Viertel von 4,1 auf 5,1 Millionen Arbeitskräfte.

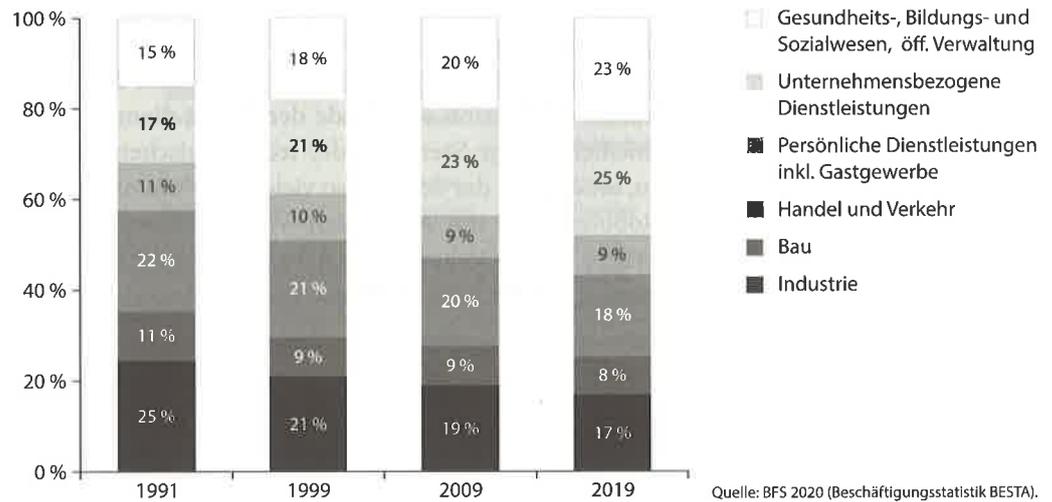
Eine Unterscheidung nach Sektoren macht den Strukturwandel deutlich. V. a. zwei Bereiche waren für den Beschäftigungsboom verantwortlich. Erstens stiegen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen sowie der öffentlichen Verwaltung die Stellen zwischen 2000 und 2019 um mehr als 50 Prozent (in Vollzeitäquivalenten). Zweitens wuchsen sie in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen – einschliesslich des Finanzsektors, der Kommunikation, Informatik, Beratung und Forschung – um mehr als 40 Prozent.

Demgegenüber stagnierte die Beschäftigung in Handel und Verkehr, den persönlichen Dienstleistungen und der Industrie. Entgegen einer verbreiteten Annahme gab es in der Schweiz in den letzten 20 Jahren weder ein starkes Wachstum in den wenig qualifizierten persönlichen Dienstleistungsjobs noch einen Einbruch in der Industriebeschäftigung. Im Gegenteil: Nach der Desindustrialisierungswelle in den 1990er-Jahren kam es Anfang der 2000er-Jahre zu einer kleinen Reindustrialisierung, die ein erstes Mal von der Finanzkrise 2009 und ein zweites Mal von der Aufwertung des Schweizer Frankens 2015 gebremst wurde. Zugleich fand innerhalb der Industrie ein Umbruch statt. Während die Pharma- und Uhrenindustrie Arbeitsplätze schufen, gingen in der Druck-, Metall- und Maschinenindustrie Stellen verloren.

In einem wachsenden Arbeitsmarkt bedeuten stabile Beschäftigungszahlen für einen Sektor, dass der Anteil an der Gesamtbeschäftigung abnimmt. Abbildung 2.8 zeigt, dass der Anteil der Industrie von 25 Prozent der Beschäftigung in 1991 auf 17 Prozent in 2019 geschrumpft ist. Ebenso nahm der Anteil von Handel und Verkehr (von 22 % auf 18 %) sowie jener der persönlichen Dienstleistungen ab (von 11 % auf 9 %). Fast konstant blieb der Beschäftigungsanteil des Baugewerbes. Seit Ende der Immobilienkrise der 1990er-Jahre beschäftigt dieser Sektor 8 bis 9 Prozent aller Arbeitskräfte. Stark gewachsen ist der Anteil der Beschäftigten im Gesundheits- und Bildungswesen sowie den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, insbesondere in der Unternehmensberatung und Informatik.

In den letzten Jahrzehnten holten die Frauen nicht nur im Bildungsbereich auf, sondern spielten auch beim Beschäftigungsboom eine entscheidende Rolle. So stieg zwischen 2000 und 2019 die Zahl der weiblichen Beschäftigten in der Schweiz um 600 000, gegenüber 420 000 bei den Männern. Während die Erwerbstätigkeitsquote der Männer in den 1990er-Jahren fiel und seit Anfang der 2000er-Jahre bei 85 Prozent verharrt, hat sich der Anteil der erwerbstätigen Frauen zwischen 1991

Abbildung 2.8: Anteil verschiedener Sektoren an der Gesamtbeschäftigung, 1991–2019 (in Vollzeitäquivalenten)



und 2019 um 10 Prozentpunkte erhöht, von 66 auf 76 Prozent (Altersgruppe 15–64 Jahre, BFS).

Bei den kinderlosen Frauen waren bereits in den 1990er-Jahren über 70 Prozent erwerbstätig. Folglich ging die erhöhte Erwerbstätigkeit fast ausschliesslich auf das Konto von Müttern, die sich – anders als in den älteren Kohorten – nach der Geburt von Kindern nurmehr selten aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen. Der Anteil erwerbstätiger Mütter mit Kindern im Vorschulalter hat sich zwischen 1990 und 2019 von 50 auf 75 Prozent erhöht (BFS; Giudici und Schumacher 2017).

Die Geschlechterunterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind jedoch nicht verschwunden, denn das Wachstum der weiblichen Erwerbstätigkeit fand schwergewichtig in Teilzeitstellen statt. Arbeiteten 1991 50 Prozent der Frauen Teilzeit, waren es 2019 60 Prozent. Demgegenüber arbeitet die grosse Mehrheit der Männer weiterhin Vollzeit (trotz einer schwachen Zunahme der männlichen Teilzeitarbeit von 8 auf 18 % zwischen 1991 und 2019). In der Schweiz hat sich dadurch das Modell von eineinhalb Jobs pro Haushalt verfestigt: Väter gehen Vollzeit einer bezahlten Arbeit nach, Mütter Halbzeit und übernehmen dafür den Grossteil der Hausarbeit. Die Schweiz ist damit die zweite Teilzeitökonomie der Welt, nach den Niederlanden (wo 74 % der Frauen Teilzeit arbeiten), aber noch vor Deutschland und Österreich (mit je 47 % weiblicher Teilzeitarbeit) (OECD).

Trotz der Zunahme von Teilzeitarbeit bleibt der Beschäftigungsboom der Schweiz auch dann beeindruckend, wenn man statt der Entwicklung der Erwerbstätigen jene des Arbeitsvolumens betrachtet. Zwischen 1960 und 2005 veränderte sich das Volumen der bezahlten Arbeit in der Schweiz kaum (ausser einem Knick Mitte der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre). Eine grössere Anzahl Beschäftigter arbeitete im Schnitt weniger Stunden pro Jahr. Seit 2005 hat das Arbeitsvolumen

jedoch stark zugenommen und ist bis 2015 um rund 20 Prozent gewachsen – und damit so stark wie im Nachkriegsboom der 1950er- und frühen 1960er-Jahre (Siegenthaler 2017). Damit erlebte die Schweiz seit der Jahrtausendwende ein «Jobwunder, das selbst jenes in Deutschland in den Schatten stellt» (Siegenthaler 2017: 8).

Diese Befunde laufen der Diskussion zum Ende der Arbeit diametral entgegen. Während in den Medien farbige Szenarien der technologischen Arbeitslosigkeit diskutiert werden, arbeiten in der Schweiz so viele Leute wie nie zuvor – vor Computern, neben Robotern und mit Automaten. Wie in früheren Phasen des technologischen Umbruchs hat das Volumen der Arbeit auch in der laufenden Innovationswelle zugenommen – in der Schweiz ebenso wie in anderen westlichen Ländern.

7 Aufwertung der Berufsstruktur

Von besonderem Interesse ist, wie sich der Wandel in Beschäftigung und Bildung auf die soziale Schichtung ausgewirkt hat. Eine These behauptet, dass der technologische Wandel zu einer zunehmenden Polarisierung der Berufsstruktur führe. Neue Arbeitsplätze würden an den Rändern des Arbeitsmarkts geschaffen, während die Beschäftigung in mittleren Berufen abnehme. Untersuchungen für die USA und Grossbritannien zeigen, dass das Beschäftigungswachstum am stärksten in Berufen mit hohen Löhnen und am schwächsten in Berufen mit mittleren Löhnen war (Goos and Manning 2007; Autor und Dorn 2013).

Die Entwicklungen auf den zwei angelsächsischen Arbeitsmärkten lassen sich jedoch nur schlecht auf Westeuropa übertragen. Die Polarisierung in den USA und Grossbritannien hängt eng zusammen mit dem Bildungssystem (schwaches Angebot auf der mittleren Qualifikationsstufe), den Lohnsetzungsinstitutionen (tiefe gesetzliche Mindestlöhne und wenige Gesamtarbeitsverträge) und der Migrationspolitik (polarisierte Einwanderung von Niedrig- und Hochqualifizierten) (Oesch 2013). Empirische Untersuchungen widerlegen denn auch die Polarisierungsthese für die Schweiz. Mit Ausnahme der 1980er-Jahre hat sich die Berufsstruktur der Schweiz seit 1970 stetig aufgewertet. Einzig während des Bau- und Konsumbooms der 1980er-Jahre nahm die Beschäftigung nicht nur in hochbezahlten, sondern auch in den niedrigentlohnnten Berufen stark zu. In den zwei folgenden Jahrzehnten wurden hingegen nirgends so wenige Stellen geschaffen wie in den niedrig bezahlten Berufsgruppen (Oesch und Murphy 2017).

In Tabelle 2.1 zeichnen wir die Veränderung der Berufsstruktur zwischen 1991 und 2019 nach. Sie zeigt, dass die Aufwertung der Berufsstruktur vom starken Wachstum der lohnabhängigen Mittelklasse getrieben wurde. Diese besteht aus drei Berufsgruppen: (i) Managern und Projektmitarbeitern, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung um 4 Prozentpunkte wuchs; (ii) soziokulturellen Experten wie Lehrern, Sozialarbeitern oder Physiotherapeuten, deren Anteil um 3 Prozentpunkte

Tabelle 2.1: Anteil von Berufsklassen an der Gesamtbeschäftigung, 1991/92 und 2018/19

	<i>Interpersonelle Arbeitslogik</i>	<i>Technische Arbeitslogik</i>	<i>Administrative Arbeitslogik</i>	<i>Selbstständige Arbeitslogik</i>	
	Soziokulturelle Experten	Technische Experten	Manager und Projekt- mitarbeitende	Freie Berufe und Arbeitgeber (>9 Mitarbeiter)	
	Lehrer Sozialarbeiter	Ingenieure Informatiker	Kader Berater	Anwälte Unternehmer	Tertiär
1991/92	10,3%	10,9%	13,0%	3,4%	Anforderungsniveau der Berufe
2018/19	13,5%	13,7%	16,8%	4,0%	
Veränderung	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,8	+ 0,6	
	Dienstleistungs- angestellte	Produktions- arbeiter	Bürohilfs- kräfte	Kleingewerbler	
	Hilfspfleger Verkäufer	Mechaniker Maschinisten	Sekretäre Kassierer	Wirte Bauern	Sekundär
1991/92	12,8%	22,8%	16,5%	10,4%	Anforderungsniveau der Berufe
2018/19	14,1%	15,5%	13,0%	9,4%	
Veränderung	+ 1,3	- 7,3	- 3,5	- 1,0	

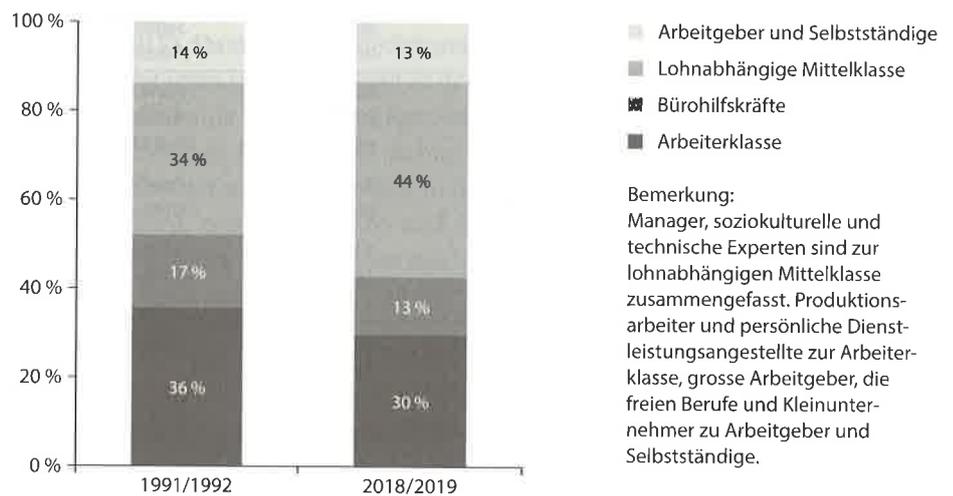
Anmerkung: Die Tabelle zeigt den Anteil jeder Berufsklasse an der Gesamtbeschäftigung (18- bis 65-Jährige mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 20 Stunden). Wir berechnen den Durchschnitt für 1991 und 1992 einerseits sowie 2018 und 2019 andererseits, um den Einfluss jährlicher Schwankungen zu verringern. Die Berechnungsbasis ist der detaillierte Berufscode (ISCO 4-Digit).

Quelle: BFS 2020 (SAKE 1991, 1992, 2018, 2019).

zunahm; (iii) technischen Experten wie Ingenieuren, Informatikern oder Architekten, deren Anteil um 3 Prozentpunkte stieg.

Im Gegensatz dazu hat sich der Beschäftigungsanteil zweier Klassen verringert: jener von Produktions- und Bauarbeitern um 7 Prozentpunkte und jener von Bürohilfskräften um 3,5 Prozentpunkte. Bei diesen schrumpfenden Berufsgruppen handelt es sich nicht um den Kern der Mittelschicht, sondern um die traditionelle Arbeiterklasse einerseits und die untere Mittelklasse andererseits.

Stabil blieb der Beschäftigungsanteil der Selbstständigen und schwach war das Wachstum bei den Arbeitern in persönlichen Dienstleistungen mit 1 Prozentpunkt. Dieses Wachstum in einfachen Dienstleistungsstellen war zu schwach, um den Abbau in einfachen Stellen der Landwirtschaft, Industrie und des Backoffice zu kompensieren. Wie andere westeuropäische Länder war auch die Schweiz am erfolgreichsten bei der Automatisierung und Auslagerung von geringqualifizierten Berufen: von Landarbeitern und Anlagebedienern, Datenerfassern und Verkäufern. Neue Arbeitsplätze wurden v. a. in hochqualifizierten Dienstleistungsberufen geschaffen: bei Programmieren, Ärzten und Beratern. Die Folge ist, dass sich die Beschäftigungsstruktur in der Schweiz ebenso wie in Deutschland, Spanien oder Schweden aufgewertet hat (Oesch und Piccitto 2019).

Abbildung 2.9: Veränderung der Erwerbstätigen mit Schweizer Pass nach Berufsklassen (in %)

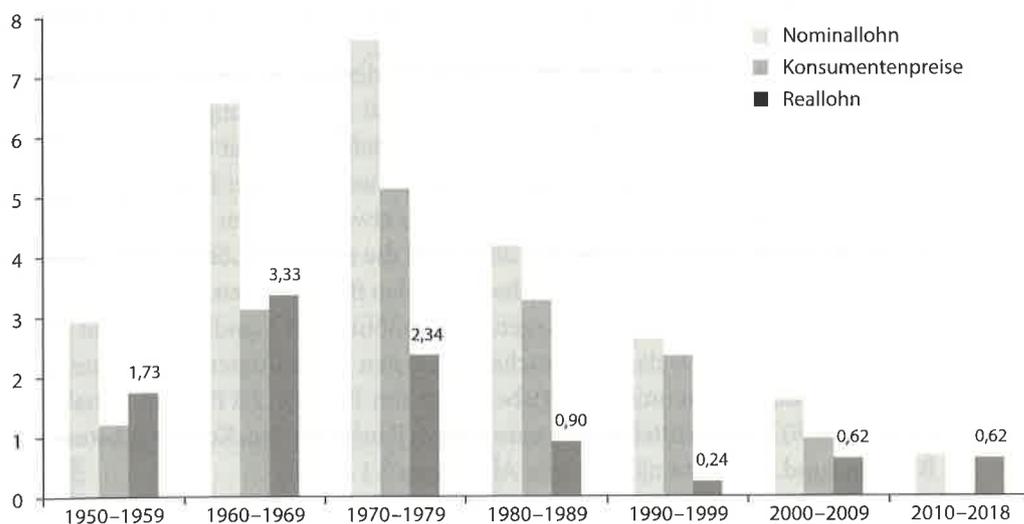
Quelle: siehe Bemerkungen und Quellen unter Tabelle 2.1.

In Abbildung 2.9 werden die einzelnen Erwerbsklassen in grössere Kategorien zusammengefasst und für stimmberechtigte Beschäftigte, d. h. für Erwerbstätige mit dem Schweizer Pass ausgewiesen. Daraus wird ersichtlich, wie sich die erwerbstätige Wählerschaft in der Schweiz bezüglich der Klassenzugehörigkeit verändert hat. Anfang der 1990er-Jahre übertraf die Arbeiterklasse zahlenmässig die lohnabhängige Mittelklasse leicht. Doch während der Anteil der Arbeiterklasse in den folgenden drei Jahrzehnten um 6 Prozentpunkte schrumpfte, nahm jener der lohnabhängigen Mittelklasse um 10 Punkte zu. Folglich umfasst die lohnabhängige Mittelklasse heute etwa 44 Prozent der schweizerischen Erwerbstätigen gegenüber 30 Prozent der Arbeiterklasse. Der Rest besteht zu je 13 Prozent aus Bürohilfskräften und Selbstständigen.

8 Mässige Lohnungleichheit, hohe Vermögensungleichheit

Das starke Wachstum der Wirtschaft und Beschäftigung der letzten 20 Jahre steht ausser Zweifel. Dennoch ist es fraglich, ob ein Grossteil der Bevölkerung in der Schweiz diese Zeitspanne als Boom-Periode erlebt hat. Der Grund liegt im schwachen Wachstum der Einkommen. Dies wird aus der Abbildung 2.10 deutlich, die die Entwicklung der Nominallöhne, der Teuerung sowie der daraus resultierenden Reallöhne seit 1950 aufzeigt. Während des Wirtschaftswunders wuchsen die Reallöhne um jährlich 1,7 Prozent in den 1950er-Jahren, 3,3 Prozent in den 1960er-Jahren und 2,3 Prozent in den 1970er-Jahren. Mit den zwei Ölpreiskrisen ging nicht nur das Aufholwachstum der Wirtschaft zu Ende, sondern auch der Lohnan-

Abbildung 2.10: Jährliche Veränderung der Löhne und Konsumentenpreise in der Schweiz (in %)



Quelle: BFS 2020 (schweizerischer Lohnindex).

stieg flachte ab. Die realen Lohnerhöhungen fielen auf jährlich 0,9 Prozent in den 1980er-Jahren und 0,2 Prozent im Krisenjahrzehnt der 1990er-Jahre. Erstaunlich ist, dass es auch in den zwei Jahrzehnten des Jobwunders – in den 2000er- und 2010er-Jahren – zu nicht mehr als jährlich 0,6 Prozent Reallohnanstieg reichte.

Wurde das Wachstum der Reallöhne in früheren Jahrzehnten durch die Teuerung gebremst, fiel dieser Faktor in jüngster Zeit weg. So lag die jährliche Erhöhung der Konsumentenpreise zwischen 1960 und 1990 im Schnitt bei über 3 Prozent. Nach 1993 fiel die Teuerung jedoch stetig und betrug im Schnitt 1 Prozent in den 2000er-Jahren und 0 (!) Prozent in den 2010er-Jahren – mit negativer Teuerung in vier Jahren zwischen 2012 und 2016. Dies bedeutet, dass die Reallöhne seit Mitte der 1990er-Jahre fast nicht mehr wuchsen, weil die ausgehandelten Löhne – die Nominallöhne – stagnierten. Dies stellt die Volkswirtschaftslehre vor Rätsel, denn diese erwartet bei wachsender Knappheit der Arbeit ein Ansteigen der Löhne und Preise. Doch trotz einer offiziellen Arbeitslosenquote, die zwischen 2010 und 2019 von tiefen 3,5 auf noch tiefere 2,3 Prozent fiel, stagnierten in der Schweiz die Löhne und jeglicher Inflationsdruck blieb aus. Ein möglicher Grund für das Ausbleiben einer Lohn-Preis-Spirale ist die Personenfreizügigkeit: Dank der Möglichkeit, jederzeit Arbeitskräfte in Lyon, Mailand oder Stuttgart rekrutieren zu können, besteht auch bei tiefer Arbeitslosigkeit keine wirkliche Knappheit auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Ein zweiter Grund liegt in der schwächeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und einer geringeren Bedeutung von kollektiven Lohnverhandlungen. Im Lauf der 1990er-Jahre wurde die Lohnfestsetzung in der Schweiz

zunehmend in die Betriebe verlagert, und individuelle Lohnvereinbarungen ersetzen vielerorts die generellen Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern (Oesch 2011).

Abbildung 2.10 basiert auf dem Lohnindex, der die Lohnentwicklung für eine gegebene berufliche Tätigkeit misst und folglich Veränderungen ignoriert, die durch Wechsel in der beruflichen Tätigkeit wie Beförderungen oder durch Strukturwandel zustande kommen. Diese zwei Aspekte werden in der Lohnstrukturerhebung des Bundes berücksichtigt und führen zu etwas stärkeren Lohnerhöhungen. In den 20 Jahren zwischen 1996 und 2016 sind die mittleren Löhne (p50) preisbereinigt um jährlich 0,8 Prozent gewachsen. Bei den Beschäftigten mit tiefen Löhnen (p10) und hohen Löhnen (p90) stiegen die Reallöhne mit 1 und 1,2 Prozent etwas mehr. Am stärksten war das Lohnwachstum bei den Beschäftigten im obersten Prozent (p99), deren Einkommen preisbereinigt um jährlich 2,3 Prozent zunahm (SGB 2018: 5). Diese Mittelwerte kommen dem jährlichen Pro-Kopf-Wachstum des BIP von rund 1 Prozent näher (siehe Abbildung 2.1 oben).

Auf Haushaltsebene haben sich die Arbeitseinkommen im Zeitverlauf wahrscheinlich etwas positiver entwickelt als auf der Individualebene, weil hier das höhere Erwerbsvolumen der Frauen zu Buche schlägt. Zugleich ist auf der Haushaltsebene auch die Abgabenlast gestiegen, insbesondere wegen der Krankenkassenprämien. Seit dem Inkrafttreten der obligatorischen Krankenversicherung stiegen diese zwischen 1996 und 2020 im Schnitt jährlich um 3,8 Prozent (Bundesamt für Gesundheitswesen).³ Die höheren Gesundheitsausgaben haben gemeinsam mit den gestiegenen Wohnkosten den Grossteil der Einkommensgewinne zwischen 2000 und 2016 wettgemacht (SGB 2018: 33).

Schliesslich stellt sich die Frage nach der Verteilung der Einkommen. Abbildung 2.11 zeigt den Anteil am Volkseinkommen, der auf die untere Hälfte der Bevölkerung einerseits sowie die reichsten 10 Prozent andererseits entfallen. Im Lauf der letzten vier Jahrzehnte erhielt die untere Hälfte einen konstanten Anteil von etwa 24 Prozent. Damit kommt die Schweiz 2017 auf einen ähnlichen Wert wie Frankreich, Österreich oder Schweden, während sich die untere Hälfte in Deutschland (18,5%), Italien (20,6%) und v. a. den USA (12,7%) mit einem deutlich kleineren Anteil des Volkseinkommens zufriedengeben muss. Über die gleiche Zeitspanne hinweg sicherten sich die reichsten 10 Prozent einen leicht steigenden Anteil des Volkseinkommens von 30 bis 31 Prozent. Dieser Zuwachs ging vollumfänglich auf das Konto des reichsten einen Prozents, das seinen Anteil am Volkseinkommen von 10 auf 11 Prozent erhöhen konnte (Martinez 2017; World Inequality Database 2020).

Eine Auswertung von sieben nationalen Umfragen und den Steuerdaten kommt zum Schluss, dass sich die Einkommensungleichheit in der Schweiz zwischen 1990 und 2012 wenig verändert hat. Die Einkommensungleichheit auf Haushaltsebene wurde durch die disproportionale Zunahme der sehr hohen Löhne vergrössert, zugleich aber durch die gestiegene Erwerbstätigkeit der Frauen verkleinert

e Lohnvereinbarungen ersetz-
zwischen den Sozialpartnern

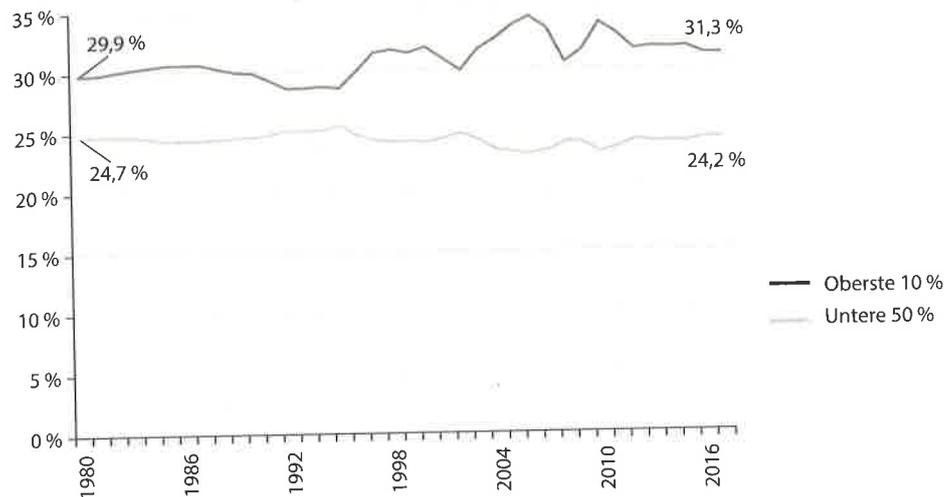
die Lohnentwicklung für eine
Veränderungen ignoriert, die
Veränderungen oder durch Struk-
turen in der Lohnstruktur erhe-
ben stärkeren Lohnerhöhungen.
mittleren Löhne (p50) preisbe-
schäftigten mit tiefen Löhnen
mit 1 und 1,2 Prozent etwas
beschäftigten im obersten Pro-
zentlich 2,3 Prozent zunahmen
den Pro-Kopf-Wachstum des
en).

kommen im Zeitverlauf wahr-
individualebene, weil hier das
t. Zugleich ist auf der Haus-
ere wegen der Krankenkas-
n Krankenversicherung stie-
um 3,8 Prozent (Bundesamt
gaben haben gemeinsam mit
kommensgewinne zwischen

ng der Einkommen. Abbil-
r auf die untere Hälfte der
andererseits entfallen. Im
fte einen konstanten Anteil
uf einen ähnlichen Wert wie
ie untere Hälfte in Deutsch-
) mit einem deutlich kleine-
uss. Über die gleiche Zeit-
ent einen leicht steigenden
dieser Zuwachs ging vollum-
as seinen Anteil am Volksein-
rtinez 2017; World Inequality

fragen und den Steuerdaten
gleichheit in der Schweiz zwi-
kommensungleichheit auf Haus-
stufen der sehr hohen Löhne ver-
renten der Frauen verkleinert

Abbildung 2.11: Anteil am nationalen Gesamteinkommen (vor Steuern, Erwachsene), 1980–2017 (in %)



Quelle: World Inequality Database 2020.

(Kuhn und Suter 2015). Während die Einkommensungleichheit in der Schweiz stabil blieb, stieg sie in Deutschland, Italien, Schweden oder den USA stark an. Bezüglich der Einkommensungleichheit befindet sich die Schweiz im internationalen Mittelfeld, mit Werten nahe des OECD-Durchschnitts (OECD).

Anders sieht es bezüglich der Verteilung von Vermögen aus. Seit den 1980er-Jahren sind in der Schweiz nicht nur die Vermögen stark angewachsen, auch die Ungleichheit in der Vermögensverteilung hat deutlich zugenommen. Das reichste Prozent der Steuerzahlenden besass in der Schweiz Mitte der 2010er-Jahre 42 Prozent der gesamten Privatvermögen gegenüber 34 Prozent Anfang der 1990er-Jahre. Eine solche Vermögenskonzentration in den Händen einer kleinen Gruppe ist auch international unüblich. Die Vermögenskonzentration ist in der Schweiz nicht nur wesentlich ausgeprägter als in Grossbritannien (23 %) oder Frankreich (20 %), sondern auch als in den USA (39 %) (Zahlen für die Mitte der 2010er-Jahre, Brühlhart 2019: 9).

9 Schlussfolgerungen

Wie lassen sich die Veränderungen in der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialstruktur seit 2000 einordnen? Es ist unbestritten, dass die zwei ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts in der Schweiz vom Wachstum geprägt waren: Die Wirtschaft expandierte, die Beschäftigung stieg, die Einwanderung nahm zu und die Bevölkerung wuchs. Es ist auch offensichtlich, dass die letzten 20 Jahre in der Schweiz, anders als in Teilen Südeuropas, nicht als Zeit der Krise in die Geschichte eingehen

werden. Die Finanzkrise 2008–2009 und die Frankenaufwertung 2015 führten nur zu kurzen Einbrüchen im Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung.

Eine positive Einordnung der letzten zwei Jahrzehnten drängt sich mit Blick auf den Arbeitsmarkt auf. In der Schweiz wurden viele neue Stellen geschaffen und die Arbeitslosigkeit tief gehalten: Die offizielle Arbeitslosenquote übertraf in den letzten 20 Jahren nie 4 Prozent (SECO 2019b: 15). Zugleich wertete sich auch die Berufsstruktur auf, weil das Stellenwachstum v. a. in höher qualifizierten Bereichen stattfand.

Das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung hat sich auch positiv auf die öffentlichen Finanzen ausgewirkt. Zwischen 1990 und 1999 wiesen Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen im Schnitt ein jährliches Defizit von 2 Prozent aus. Dies änderte sich nach der Jahrtausendwende. Zwischen 2000 und 2009 waren die öffentlichen Haushalte im Durchschnitt ausgeglichen, und zwischen 2010 und 2018 erzielten sie im Schnitt einen Überschuss von jährlich 0,5 Prozent. Folglich schrumpfte die Schuldenquote der Schweiz bis zur Covid-19-Krise von 45 Prozent in 2000 auf 27,5 Prozent in 2018 (BFS).⁴ Damit lag sie weit unter der Schuldenquote von 80 Prozent der EU (Eurostat).⁵

Dennoch handelte es sich beim Boom der 2000er-Jahre v. a. um ein Wachstum in die Breite. So wuchsen in den letzten 20 Jahren die Löhne wesentlich schwächer als in früheren Perioden der Hochkonjunktur. Weil zugleich die Gesundheits- und Wohnkosten stiegen, ist die Bilanz bei den verfügbaren Einkommen weniger spektakulär, als dies aufgrund der guten Konjunktur erwartet werden könnte. Es ist deshalb nicht überraschend, dass für Teile der Bevölkerung die negativen Begleiterscheinungen des Booms überwogen haben. Unter dem Begriff des «Dichtestresses» summierte sich in den 2010er-Jahren die Unzufriedenheit mit überfüllten Zügen und langen Staus, überbauten Grünflächen und knappem Wohnraum. Am stärksten drückte sich diese Unzufriedenheit im Jahr 2014 mit der knapp angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» aus.

Unabhängig davon, wie der Wachstumsboom gewertet wird, hat sich die Bevölkerungsstruktur der Schweiz in den letzten zwei Jahrzehnten grundlegend verändert. Insbesondere drei strukturelle Änderungen sind bemerkenswert. Erstens hat sich das Bildungsniveau in der Schweiz stark erhöht. Im Inland hat sich die Bildungsexpansion auf der Ebene der Universitäten und Fachhochschulen beschleunigt, während aus dem Ausland eine Mehrheit von Hochschulabgängern zuwanderte. In der Folge wird die Tertiärausbildung in der Schweiz zur neuen Norm und löst die Berufslehre als höchste Ausbildung einer Mehrheit der Bevölkerung ab.

Zweitens wurde die Bevölkerung in der Schweiz diverser unter dem Einfluss einer starken Einwanderung, in der nicht mehr einzelne Herkunftsländer dominieren. Die zunehmend hochqualifizierte Einwanderung aus einer zunehmenden Zahl von Ländern setzt der Unterschichtung ein Ende und führt dazu, dass der Begriff des «Migrationshintergrunds» in der Schweiz nicht länger gleichbedeutend mit einem tiefen sozioökonomischen Status ist.

Schliesslich hat der wirtschaftliche Strukturwandel auch die Klassenstruktur der Schweiz verändert. Vom starken Stellenwachstum im Gesundheits- und Bildungswesen sowie den unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben v. a. höher qualifizierte Beschäftigte profitiert. Während die lohnabhängige Mittelklasse expandierte, verlor die traditionelle Arbeiterklasse und untere Mittelklasse der Bürohilfskräfte an Boden. Die grosse Verliererin des technologischen Wandels der letzten Jahrzehnte war folglich nicht die Mittelklasse, sondern die Arbeiterklasse: Sie hat in der Schweiz wie im übrigen Westeuropa den Status der Mehrheitsklasse verloren und wird zunehmend in die Defensive gedrängt (Castel 1999).

Anmerkungen

- 1 Rund ein Drittel dieser Überschüsse sind auf den Transithandel zurückzuführen und erklären sich mit der seit 2000 stark wachsenden Bedeutung der Schweiz (v. a. Genf und Zug) als einer der weltweit grössten Handelsplätze für Rohstoffe (Bundesrat 2018).
- 2 Was zwischen 2000 und 2018 in der Schweiz der Fall war: Die Arbeitszeit pro Kopf blieb in etwa konstant (siehe SECO 2019a).
- 3 Weil die Prämienhöhung vorgängig durch eine Ausweitung der konsumierten medizinischen Leistungen (Mengenausweitung) und nicht durch eine Erhöhung der Preise verursacht wurde, hatten die erhöhten Krankenkassenprämien nur einen geringen Einfluss auf die Teuerung.
- 4 Die Schuldenquote misst die öffentlichen Schulden (Schulden von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen) im Verhältnis zum nationalen Bruttoinlandsprodukt.
- 5 Bemerkenswert ist, dass die öffentlichen Haushalte seit 2000 ein Eigenkapital von 100 Milliarden Schweizer Franken aufgebaut haben (Zahl für 2018, Eidg. Finanzverwaltung). Folglich hat die Schweiz in der Nettobetrachtung keine Staatsschulden.

Literaturverzeichnis

- Autor, David und David Dorn (2013): The growth of low-skill service jobs and the polarization of the US labor market, *American Economic Review* 103(5), 1553–1597.
- Babel, Jacques (2019): *Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats 12.3657 vom 17. August 2012*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Baccaro, Lucio und Jonas Pontusson (2016): Rethinking comparative political economy: the growth model perspective. *Politics & Society* 44(2), 175–207.
- Becker, Rolf und Jürg Schoch (2018): *Soziale Selektivität*. Bern: Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates.
- BFS – Bundesamt für Statistik (2020): *Statistiken finden*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik. www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken.html [25.1.2021].
- Brühlhart, Marius (2019): Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern. *Social Change in Switzerland* 20.
- Busemeyer, Marius und Christine Trampusch (2012): *The Political Economy of Collective Skill Formation*. Oxford: Oxford University Press.
- Bundesrat (2018): *Rohstoffsektor Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven*. Bericht des Bundesrates, 30.11.2018. Bern.
- Castel, Robert (1999): Pourquoi la classe ouvrière a-t-elle perdu la partie? *Actuel Marx* 26, 15–24.
- Combet, Benita und Daniel Oesch (2020): *The social origin gap in university completion among youth with comparable school abilities in Switzerland*. TREE Working Paper Series. Universität Bern.

- Esping-Andersen, Gøsta (2009): *The Incomplete Revolution: Adapting Welfare States to Women's New Roles*. Princeton, NJ: Polity Press.
- Flückiger, Yves (1998): The labour market in Switzerland: the end of a special case? *International Journal of Manpower* 19(6), 369–395.
- Fux, Beat (2007): Population projections revisited: Eine wissenssoziologische Analyse schweizerischer Bevölkerungsprognosen oder weshalb die Demographie der Bevölkerungswissenschaft bedarf. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 32(3–4), 597–620.
- Giudici, Francesco und Reto Schumacher (2017): Erwerbstätigkeit von Müttern in der Schweiz: Entwicklung und individuelle Faktoren. *Social Change in Switzerland* 10.
- Goos, Maarten und Alan Manning (2007): Lousy and Lovely Jobs: The Rising Polarization of Work in Britain. *Review of Economics and Statistics* 89(1), 118–133.
- Hoffmann-Nowotny Hans-Joachim (1973): *Soziologie des Fremdarbeiterproblems: eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz*. Stuttgart: Enke.
- Inklaar, Robert, Harmen de Jong, Jutta Bolt und Jan van Zanden (2018): *Rebasing «Maddison»: new income comparisons and the shape of long-run economic development*. Maddison Project Working Paper 10. Universität Groningen.
- Korber, Mailys und Daniel Oesch (2019): Vocational versus general education: Employment and earnings over the life course in Switzerland. *Advances in Life Course Research* 40, 1–13.
- Kriesi, Irene und Regula Leemann (2020): *Tertiarisierungsdruck*. Herausforderungen für das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und das Individuum. Herausgegeben von der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften. *Swiss Academies Communications* 15(6).
- Kuhn, Ursina und Christian Suter (2015): Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Schweiz. *Social Change in Switzerland* 2.
- Lampart, Daniel (2006): *Handlungsspielräume und-restriktionen der Schweizer Konjunkturpolitik in der langen Stagnation der 1990er Jahre: eine modellbasierte Evaluation*. Doktorarbeit. Universität Zürich.
- Martinez, Isabel (2017): Die Topeinkommen in der Schweiz seit 1980: Verteilung und Mobilität. *Social Change in Switzerland* 11.
- Meyer, Thomas (2018): Von der Schule ins Erwachsenenleben: Ausbildungs- und Erwerbsverläufe in der Schweiz. *Social Change in Switzerland* 13.
- OECD – Organization for Economic Co-operation and Development (2020): *OECD.Stat*. <https://stats.oecd.org/> [25.1.2021].
- Oesch, Daniel (2011): Swiss trade unions and industrial relations after 1990: a history of decline and renewal. In: Trampusch, Christine und André Mach (Hrsg.): *Switzerland in Europe. Continuity and Change in the Swiss Political Economy*. London: Routledge, 82–102.
- Oesch, Daniel (2013): *Occupational Change in Europe. How Technology and Education transform the Job Structure*. Oxford: Oxford University Press.
- Oesch, Daniel und Emily Murphy (2017): Keine Erosion, sondern Wachstum der Mittelklasse. Der Wandel der Schweizer Berufsstruktur seit 1970. *Social Change in Switzerland* 12.
- Oesch, Daniel und Giorgio Piccitto (2019): The polarization myth: Occupational Upgrading in Germany, Spain, Sweden and the UK, 1992–2015. *Work and Occupations* 46(4), 441–469.
- Pfeffer, Fabian (2008): Persistent inequality in educational attainment and its institutional context. *European Sociological Review* 24(5), 543–565.
- SBFi – Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2017): *Berufsbildung in der Schweiz. Fakten und Zahlen 2017*. Bern: EDMZ.
- SECO – Staatssekretariat für Wirtschaft (2016): *Fachkräftemangel in der Schweiz, Indikatorensystem zur Beurteilung der Fachkräftenachfrage*. Bern: EDMZ.
- SECO – Staatssekretariat für Wirtschaft (2019a): *Entwicklung der Arbeitsproduktivität 2008–2018. Grundlagen für die Wirtschaftspolitik Nr. 5*. Bern: EDMZ.
- SECO – Staatssekretariat für Wirtschaft (2019b): *15. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU. Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt*. Bern: EDMZ.

States to Women's New Roles.
 case? *International Journal of*
 Analyse schweizerischer Bevöl-
 sserung bedarf. *Zeitschrift*
 in der Schweiz: Entwicklung
 larization of Work in Britain.
 s: eine theoretische und empi-
 ing «Maddison»: new income
 Project Working Paper 10.
 : Employment and earnings
 -13.
 gen für das Bildungssystem,
 rischen Akademie der Geis-
 ngleichheit in der Schweiz.
 njunkturpolitik in der langen
 Universität Zürich.
 und Mobilität. *Social Change*
 und Erwerbsverläufe in der
 ECD.Stat. <https://stats.oecd>.
 story of decline and renewal.
 e. *Continuity and Change in*
 tion transform the Job Struc-
 er Mittelklasse. Der Wandel
 nal Upgrading in Germany,
 -469.
 titutional context. *European*
 ldung in der Schweiz. Fakten
 Indikatorensystem zur Beur-
 vität 2008–2018. Grundlagen
 zum Freizügigkeitsabkommen
 Arbeitsmarkt. Bern: EDMZ.

- SGB – Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2018): *Verteilungsbericht 2018. Die Verteilung der Löhne, Einkommen und Vermögen sowie die Belastung durch Steuern und Abgaben in der Schweiz*. SGB-Dossier 130. Bern: EDMZ.
- Siegenthaler, Michael (2017): Vom Nachkriegsboom zum Jobwunder – der starke Rückgang der Arbeitszeit in der Schweiz seit 1950. *Social Change in Switzerland* 9.
- Siegenthaler, Michael und Jan Egbert Sturm (2012): *Das Personenfreizügigkeitsabkommen Schweiz-EU/EFTA und das Wachstum des BIP pro Kopf in der Schweiz; Bericht zuhanden des Bundamtes für Migration (BFM)*. KOF Studies 36, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich.
- Wanner, Philippe und Ilka Steiner (2018): Ein spektakulärer Anstieg der hochqualifizierten Zuwanderung in die Schweiz. *Social Change in Switzerland* 16.
- World Inequality Database (2020): *World inequality database*. <https://wid.world> [25.1.2021].

Yannis Papadopoulos
Pascal Sciarini
Adrian Vatter
Silja Häusermann
Patrick Emmenegger
Flavia Fossati

Handbuch der Schweizer Politik

Manuel de la politique suisse

7., komplett überarbeitete und erweiterte Auflage

NZZ Libro